



«Volcan, respektiere die Arbeiter!» Streikende Mineure protestieren vor der Schweizer Botschaft in Lima. Foto: Victor Mallqui / CNV Internationaal

Streikende Minenarbeiter in Peru

Bergbaumulti Glencore muss Gewerkschaftsrechte respektieren!

«Wir verlangen nicht viel: nur dass die Glencore-Tochterfirma Gesetze einhält, Gewerkschaftsrechte respektiert sowie ihre eigenen Versprechen erfüllt.» Dies sagen die Gewerkschafter im Glencore-Tochterunternehmen Volcan Compañía Minera in Peru, die sich seit dem 21. Dezember in einem unbefristeten Streik befinden. Gemäss den Normen der internationalen Arbeitsorganisation ILO und laut Entscheiden der peruanischen Behörden müsste Volcan Compañía Minera mit der Gewerkschaft verhandeln. Das Unternehmen weigert sich jedoch und hat stattdessen begonnen, streikende Arbeiter zu entlassen – der bisherige Höhepunkt seines gewerkschaftsfeindlichen Vorgehens.

In der Silber- und Zinkmine in Andaychagua im zentralperuanischen Department Junín arbeiten 400 Minenarbeiter mit direkten Arbeitsverträgen. Rund 1'100 weitere sind über Subunternehmen angestellt, meist temporär, auch wenn sie seit Jahren in der Hauptaktivität der Mine tätig sind. Ihre Arbeitsbedingungen sind schlechter als die von Festangestellten. Sie arbeiten Hunderte Meter unter Tag bei Temperaturen von über 40 Grad Celsius, mit schlechter Belüftung und ungenügender Sicherheitsausrüstung. Seit Beginn der Pandemie hat sich die Situation der Mineure weiter verschlechtert.

Die Gewerkschaft der Minenarbeiter hat deshalb im Dezember 2020 an ihrer Ver-

sammlung beschlossen, ihre Statuten so zu ändern, dass auch Leiharbeiter Mitglied werden können. Diese waren bis anhin nicht gewerkschaftlich organisiert. Die regionale Arbeitsdirektion bestätigte die Statutenänderung. Das Glencore-Tochterunternehmen Volcan Compañía Minera versuchte jedoch mittels Rekurs, die Statutenänderung ungültig erklären zu lassen. Diese gewerkschaftsfeindliche Einmischung wurde abgelehnt.

Daraufhin ging das Unternehmen mit Repressalien gegen die Gewerkschaft vor, indem beispielsweise Leistungen gekürzt wurden, die im Gesamtarbeitsvertrag festgehalten sind. Bis heute weigert sich Volcan, mit der Gewerkschaft zu verhandeln und ficht Resolutionen und Entscheide der Behörden zu Gunsten der Gewerkschaft an.

In ihrem Streik gegen die gewerkschaftsfeindliche Praxis des Glencore-Unternehmens sind die Gewerkschafter dringend auf Solidarität angewiesen.

Danke für Ihre Solidarität!

Schweizer Bergbauprojekt in Guatemala

«El Estor leistet Widerstand!»

Die indigenen O'qechi'-Gemeinschaften von El Estor im Nordosten Guatemalas haben keinen Zweifel: «CGN-Pronico vergiftet unseren See.» Gemeint ist der See Izabal, der grösste im Land, der sich unmittelbar bei der Bergbau-Anlage Fénix befindet, wo CGN-Pronico, eine Tochterfirma der Solway Investment Group mit Sitz in der Schweiz, Nickel abbaut und weiterverarbeitet. Seit Jahren wehrt sich die indigene Bevölkerung gegen diese Tätigkeit, welche viele von ihrem Land vertreibt und die Fischerei im See praktisch verunmöglicht. Anwohnende, die sich wehren, werden jedoch verunglimpft und kriminalisiert, ein Anwohner wurde gar ermordet. 2019 erklärte das Verfassungsgericht Guatemalas die Lizenz

der Fénix-Mine für ungültig und verfügte, dass sie bis zur Durchführung einer Konsultation der Bevölkerung suspendiert werde. Trotz dieses Entscheids produzierte die CGN weiter. Der Konsultationsprozess wurde eher pro forma durchgeführt: Die Behörden luden CGN ein, nicht aber die Vertretung der betroffenen indigenen Gemeinschaften.

Als Reaktion auf diese klare Missachtung des Konsultationsrechts sowie auf die anhaltende Minentätigkeit richtete die Bevölkerung Anfang Oktober 2021 ein friedliches Protestcamp ein. Einmal mehr antwortete die Regierung mit Repression: Die Region wurde militarisiert und der Ausnahmezustand erklärt. Der «Konsultationsprozess» lief unterdessen weiter.



Protest vor dem Firmensitz von CGN-Pronico.

Foto: Festivales Solidarios

Solidaritätskarawane

Angesichts dieser kritischen Situation organisierte das Journalist*innen- und Künstler*innenkollektiv «Festivales Solidarios» mit Unterstützung des SOLIFONDS eine Solidaritätskarawane nach El Estor, um die Gemeinschaften in ihrem Kampf zu stärken und das Klima der Angst mit ihrer Präsenz zu durchbrechen. Mit verschiedenen künstlerischen Protestaktionen, unter anderem vor der Schweizer Botschaft, sowie mit Medienarbeit konnte das Kollektiv in Guatemala auf den Widerstand in El Estor aufmerksam machen.

Der SOLIFONDS richtete zusammen mit den Guatemalanetzen Bern und Zürich, der Koalition für Konzernverantwortung, Fastenaktion sowie KM207 und 18 weiteren Organisationen einen Protestbrief an Solway, in welcher die Firma unter anderem aufgefordert wurde, ihre Sorgfaltspflicht wahrzunehmen. Die Situation in El Estor bleibt angespannt. Die indigenen Gemeinschaften sind weiter auf Solidarität angewiesen.

Schweizer Konzern Vitol und Korruptionsskandal in Togo

Mobilisierung gegen Straflosigkeit

Ein Rohstoffkonzern mit Sitz in der Schweiz ist seit über einem Jahr in Togo in den Schlagzeilen. Die togoische Zeitung «L'Alternative» brachte im Juni 2020 einen skandalösen Korruptionsfall ans Licht. Mitglieder der Behörde für Erdölimport CSFPPP hatten Gelder in der Höhe von umgerechnet etwa 760 Millionen Euro veruntreut. Bei jeder Ausschreibung für den Erdölimport wurde der Auftrag konsequent dem Schweizer Erdölmulti Vitol zugeschanzt. Die Importpreise wurden aufgebläht, Vitol kassierte die Preisdifferenz, die am

Geschäft beteiligten Beamten erhielten im Gegenzug Kommissionen. Zusammen mit anderen Organisationen forderte die Holz- und Baugewerkschaft FTBC die togoische Regierung auf, umgehend eine Untersuchung des Falls einzuleiten. Stattdessen klagte die Regierung jedoch die Zeitung «L'Alternative» und ihren Direktor Ferdinand Ayité wegen angeblicher Verleumdung an. Eine von den Behörden im Auftrag gegebene Untersuchung bestätigte zwar Ayités Recherchen, dennoch läuft das Verfahren gegen ihn bis heute, während

die Verantwortlichen des Korruptionsfalls bislang unbehelligt blieben.

Der Unmut in der Bevölkerung ist deshalb gross. Während ein paar wenige sich straflos bereichern, haben die Menschen in Togo immer weniger zum Leben. Die Benzinpreise steigen immer weiter in die Höhe, die Preise lebensnotwendiger Güter ebenfalls. Die FTBC knüpft zusammen mit anderen Organisationen an diese Empörung an und führt mit Unterstützung des SOLIFONDS eine Kampagne gegen Korruption und Straflosigkeit durch.



Minenarbeiter zu Beginn des Streiks im Dezember 2021 in der Mine Andaychagua.

Foto: Víctor Mallqui / CNV Internationaal

Interview mit Gewerkschaftssekretär der Mineure «Glencore spaltet uns, wir suchen Einheit»

Alex Tinoco ist Arbeiter und Generalsekretär der Gewerkschaft der Mine in Andaychagua auf rund 4500 Metern Höhe. Er und seine Kollegen befinden sich seit Dezember 2021 im Streik.

Wie sieht eure Arbeit aus?

Wir arbeiten in einem Stollen in 700 Metern Tiefe. Dort unten haben wir schlechte Lüftung, Temperaturen von rund 40 Grad und hohe Luftfeuchtigkeit. Wir arbeiten über 10 Stunden am Tag. Die Bedingungen unserer Kollegen, die via Drittfirmen angestellt sind, sind am schlimmsten: Sie arbeiten tiefer unten im Stollen als wir, die Temperaturen dort sind höher, die Lüftung noch schlechter.

Der Konflikt mit dem Unternehmen begann, weil ihr die Leiharbeiter in eure Gewerkschaft aufnehmen wollt.

Wir sehen jeden Tag, wie unsere Kollegen arbeiten, und fühlen uns schlecht dabei. Deshalb haben wir beschlossen, unsere Statuten zu ändern. Wir haben die Tür geöffnet für unsere Brüder, um gemeinsam unsere Rechte zu verteidigen. Und da hat das Problem mit dem Unternehmen begonnen. Volcan hat sich eingemischt und versucht, die Sta-

tutenänderung ungültig erklären zu lassen. Das wurde zum Glück abgelehnt. Dann wurden wir auf Druck von Volcan aus der Verhandlungskommission ausgeschlossen. Diese wird vom Zusammenschluss der Gewerkschaften verschiedener Volcan-Betriebe in Andaychagua gestellt. Weil wir als Mineure keine Vertretung mehr hatten, sind wir aus dem Zusammenschluss ausgetreten und wollten im Juli unsere eigene Verhandlung aufnehmen. Das Unternehmen weigert sich aber, mit uns zu verhandeln. Entscheide der Behörden zu unseren Gunsten werden angefochten oder als Meinung abgetan. Volcan verzögert so eine Lösung und scheint auf einen Gerichtsprozess hinzuzielen. Dann könnte es Jahre dauern bis zu einem endgültigen Entscheid.

Es scheint, dass das Unternehmen die gemeinsame Organisation der Arbeiter verhindern will.

Glencore und Volcan wollen uns spalten, das machen sie schon lange. Früher waren wir alle festangestellte Arbeiter, heute haben wir die Bezeichnungen Arbeiter, Angestellte und Leiharbeiter. Wir machen aber alle die gleiche Arbeit. Früher hatten die Gewerkschaften in den Volcan-Betrieben mehrere Hundert Mitglieder. Seit die Festangestellten durch Leiharbeiter ersetzt wurden, sind die Gewerkschaften geschrumpft. Wenn wir es schaffen, uns gemeinsam zu organisieren, ist das ein grosser Schritt für die Einheit der Arbeiter.

In der Schweiz haben SOLIFONDS und weitere Organisationen bei Glencore gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten protestiert.

Eure Streikunterstützung und eure Protestbriefe haben hier Widerhall: Die streikenden Mineure sehen, dass es weltweit andere Organisationen gibt, die für die Rechte der Arbeiter einstehen. Das ist sehr wichtig und stärkt uns in diesem Konflikt.

Ausbeutung durch Auslagerung zu schlechteren Bedingungen

Seit 2015 erlaubt das Gesetz in Peru die Auslagerung von Minenarbeiten zu schlechteren Bedingungen. Arbeiter werden via Drittfirmen mit Temporärverträgen und zu tieferen Löhnen angestellt – für gleiche Arbeit. Die meisten Leiharbeiter sind nicht gewerkschaftlich organisiert, weil sie befürchten, dass ihr Vertrag nicht erneuert wird. Heute sind siebzig Prozent der Mineure in Peru Leiharbeiter.



Bildungsverantwortliche tauschen sich während eines Workshops aus.

Foto: FPDS

Argentinien

Erwerbslose schaffen Alternativen von unten

Mitte Januar veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation ILO ihre Prognosen für die Arbeitsmärkte in diesem Jahr. Die Aussichten sind düster: Allein 2022 werden weltweit schätzungsweise 52 Millionen Vollzeitstellen verlorengehen. Dadurch geraten unzählige Familien in existenzielle Nöte, insbesondere solche, die bereits jetzt Mühe haben, mit ihrem Lohn über die Runden zu kommen. Auch in Argentinien ist die Erwerbslosigkeit seit Beginn der Pandemie deutlich gestiegen und nimmt weiter zu. Viele Familien haben nur dank der Solidarität von Basisbewegungen Zugang zu Lebensmitteln oder zu Gesundheitsversorgung. Einer dieser Bewegungen ist die Frente Popular Darío Santillán FPDS. Sie entstand vor über 15 Jahren, ins Leben gerufen von den Piqueteros, der Erwerbslosenbewegung, zusammen mit studentischen, künstlerischen und feministischen Gruppierungen.

Die FPDS baut in den verarmten Vierteln der grossen Städte Alternativen von unten auf. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Genossenschaften der Bewegung, die Einkommensquellen für Erwerbslose in ihren Wohngebieten schaffen. So produziert beispielsweise eine Kooperative Hygienemasken und Schulkittel, die zu erschwinglichen Preisen verkauft werden. «Economía popular», Wirtschaft von unten, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist, heisst diese alternative Ökonomie.

Bildung als Grundlage für den Aufbau von Alternativen

Seit Beginn der Pandemie hat sich die Arbeit der FPDS auf solidarische Unterstützung konzentriert, physische Treffen der Aktivistinnen und Aktivisten waren kaum mehr möglich. So fiel die politische Bildungsarbeit ganz aus, obwohl diese für die Aufbauarbeit der FPDS zentral ist. Wie die Bewegung schreibt: «Ohne politische Bildung, ohne eine kritisch denkende Basis kann keine partizipative Demokratie und somit auch keine Alternative entstehen.» Ende letzten Jahres schliesslich gelang es, dass sich die Bildungsverantwortlichen aus zwanzig Provinzen zum ersten Mal nach zwei Jahren wieder treffen konnten – mit Unterstützung des SOLIFONDS. Das Treffen war wichtig, um das Bildungsprogramm der FPDS zu diskutieren und weiterzuentwickeln und damit die Bewegung für den Aufbau von Alternativen zu stärken. Gerade angesichts der in Argentinien weiter steigenden Erwerbslosigkeit ist das von noch grösserer Bedeutung. Den Aktivistinnen und Aktivisten hat das Treffen neuen Antrieb gegeben: «Der Austausch hat uns gestärkt und unsere Organisationsarbeit von unten gewinnt an Kraft.»

Gute Nachricht

Die indische Gewerkschafterin und Anwältin Sudha Bharadwaj, die der SOLIFONDS seit langem kennt, wurde im Dezember nach dreieinhalb Jahren Untersuchungshaft aus dem Gefängnis entlassen. Die Kautionsbedingungen schränken sie allerdings stark ein. So darf sie Mumbai nicht verlassen, nicht mit Medien sprechen und keine internationalen Anrufe tätigen. Letzteres weist darauf hin, dass die internationale Kampagne für ihre Freilassung nicht unbeachtet geblieben ist. Wir freuen uns sehr, dass Sudha Bharadwaj freigelassen wurde. Jetzt geht es darum, dafür einzustehen, dass die missbräuchlichen Anklagen gegen alle 16 Angeeschuldigten (BK 16) fallengelassen werden.

Politische Gefangene in der Türkei «besuchen»

Mehr als 10'000 Angehörige der Demokratischen Volkspartei (HDP) in der Türkei sind seit 2016 inhaftiert worden, mehr als 4'000 befinden sich noch immer hinter Gittern. Politiker*innen, Gemeindevorsitzende, Medienschaffende, Feministinnen, Studierende, Schriftsteller*innen und Wissenschaftler*innen sind im Gefängnis, weil sie eine demokratische, ökologische und gerechte Gesellschaft von unten aufbauen. Indem es sich weigert, die Gefangenen freizulassen, setzt sich das Erdogan-Regime auch über Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hinweg. Selbst schwer kranke Gefangene bleiben inhaftiert. Bereits sind Gefangene deswegen gestorben.

Die HDP ruft uns eindringlich dazu auf, Solidarität mit den politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen auszudrücken: Ein Brief ist ein Überraschungsbesuch.

Die «Plattform für Frieden und Solidarität» und der SOLIFONDS unterstützen den Solidaritätsaufruf der HDP und rufen zu Karten- und Briefsendungen an die politischen Gefangenen auf. Textvorlagen und Adresslisten finden Sie auf solifonds.ch/briefe.

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)